

Her mit dem Sozialticket

CDU und FDP Mehrheit verhindern weiterhin die Einführung eines Sozialtickets.

S.3

Konjunkturprojekt?

Aus dem „Konjunkturpaket II“ des Bundes finanziert die Stadt Prestigeprojekte.

S.4

STEK 2020 + heiße Luft

Das Stadtentwicklungskonzept STEK 2020 + ist eine reine Mogelpackung.

S.6

Aus für Dreckschleuder

Mit einem interfraktionellen Antrag werden die Stadtwerke aufgefordert das Kohlekraftwerk nicht zu bauen.

S.7

Keine Rettung in Sicht



© shutterstock

Schutzschirm für die Menschen!

Banken und Konzerne in die Verantwortung nehmen

Täglich werden die Meldungen schlimmer: Das Bruttoinlandsprodukt breche 2009 voraussichtlich um sechs Prozent ein. Dies dürfte dazu führen, dass sich der Abbau von Beschäftigten beschleunigt. Die Kurzarbeit federe die Entwicklung zunächst ab. Wenn die Aufträge jedoch ausblieben, seien die Unternehmen „gezwungen“, sich von Mitarbeitern zu trennen. Die Arbeitslosigkeit schnelle dann voraussichtlich hoch und überschreite im Herbst die Marke von vier Millionen.

So die aktuellen Einschätzungen der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ in ihrem aktuellen Frühjahrsgutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Damit ist klar: die Wirtschaftskrise hat noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht, immer mehr Menschen geraten in Folge der Krise in existentielle Schwierigkeiten.

Doch ein grundlegender Politikwechsel ist nicht in Sicht. Auch auf kommunaler Ebene drohen Einbrüche bei den Steuereinnahmen – CDU und FDP ignorieren diese Entwicklung nach wie vor.

Die LINKSFRAKTION erarbeitet gerade ein kommunales Anti-Krisen-

Programm für die Menschen. Über die notwendige Abkehr von der neoliberalen Politik wird zwar nicht im Düsseldorfer Stadtrat entschieden. Aber: dort wird entschieden, ob es ausreichende Beratungs- und Hilfsangebote für die Menschen gibt, ob es ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut, ob es ein kommunales Konjunkturprogramm mit dem Schwerpunkt Wohnungsbau gibt. Und Entscheidungen im Interesse der Menschen wird es auch nur dann geben, wenn der Druck der Betroffenen auf die Ratsmitglieder groß genug ist. Erst Ende letzten Jahres haben CDU, FDP und Grüne im Rat die Vorschläge der LINKSFRAKTION zur Entwicklung eines „Masterplan Armutsbekämpfung“ abgelehnt. Statt dessen wurde der Hebesatz für die Gewerbesteuer von CDU und FDP weiter abgesenkt. Seitdem hat sich die Situation erneut verschärft. Die LINKSFRAKTION wird daher im Mai bei Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften nachfragen, welche Auswirkungen die Krise auf die Menschen hat und welche politischen Schritte für notwendig gehalten werden. Die Ergebnisse werden gesammelt und zur dann folgenden

Ratssitzung sollen Initiativen in den Rat eingebracht werden, die unter dem Motto „Ein Schutzschirm für Menschen“ stehen.

Besondere Bedeutung wird für die LINKSFRAKTION dabei die Bekämpfung der Kinderarmut, eine verbesserte Beratung für verschuldete Haushalte und der Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors spielen, der insbesondere zur Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in feste Stellen bei der Stadtverwaltung und bei freien Trägern genutzt werden soll.

Auch der schleichende Personalabbau bei der Stadt muss gestoppt werden.

Neu sind all diese Forderungen nicht – aber sie haben nach wie vor ihre Berechtigung und müssen endlich auch durchgesetzt werden, um die Krisenauswirkungen auf die Menschen in Düsseldorf zumindest abzumildern.

Es wird sich zeigen, wie die neoliberalen Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne hierauf reagieren. Bislang ist die Krise für sie kein Thema, das sie ernst nehmen.

Eine solche Haltung werden sie aber nicht mehr lange durchhalten können.

Her mit den Unruhen!

Liebe Leserin, lieber Leser,

54% der Bevölkerung halten soziale Unruhen infolge der Wirtschaftskrise für möglich.

Immerhin ein Drittel aller Befragten will sich dann auch an Demonstrationen und Protesten beteiligen. Wir wünschen uns und Ihnen mehr Unruhen. Denn im Moment herrscht fast schon Friedhofsruhe bei denen, die unter der Krise am heftigsten leiden: Leiharbeiter und befristet Beschäftigte werden entlassen, Tausende in Düsseldorf sind von Kurzarbeit betroffen, Erwerbslose ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Aber: sie sind eher leise, zurückgezogen und in großer Sorge. Laut hingegen sind diejenigen, die für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind. Banker stellen Forderungen und wollen die Staatskassen weiter ausnehmen. Und das machen sie nicht verschämt und leise, sondern laut und öffentlich.

Vielleicht führt ja dieser Rheinblick dazu, dass auch Sie sich soziale Unruhen wünschen. Grund genug bietet auch die städtische Politik, wie wir an zahlreichen Beispielen in diesem Rheinblick aufzeigen: während für kostenlose Mittagessen in den Schulen „kein Geld“ da ist, wird für Edelstahlgeländer in der Tonhalle Geld ausgegeben. Während Ratsmitglieder kostenlos Bus und Bahn fahren, weigern sie sich, Hartz IV-BezieherInnen zumindest ein Sozialticket anzubieten. Genug Gründe für Unruhe, wie Sie merken!

Mit den besten Grüßen

Adelgunde Kahl, Frank Laubenburg, Gilbert Yimbou für die

LINKSFRAKTION Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 8995123

Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-12 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de

www.linksfraktion-duesseldorf.de

Theater? Nicht für Arme!

Die Preisstruktur des Düsseldorfer Schauspielhauses lässt für Einkommensschwache eine Teilnahme am kulturellen Leben nicht zu. Zu diesem Ergebnis kommen auf die Gesamtheit der sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik bezogen zahlreiche Untersuchungen wie zuletzt die des Paritätischen Wohlfahrtsverbands vom Oktober 2008. Bildung und Kultur sind jedoch Rechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Sie dürfen nicht von sozialem Status und Einkommen des Individuums abhängig gemacht werden.

Deshalb beantragte die LINKSFRAKTION im Kulturausschuss „Ein-Euro-Tickets“ für Erwerbslose. Eine entsprechende Regelung läuft bereits erfolgreich am Leipziger Schauspiel. Aber: einstimmig, also mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP lehnte der Ausschuss den Vorschlag ab.

Rheinbahn: Fensterwerbung nervt

Die Rheinbahn soll für freie Sicht in Bus und Bahn sorgen und damit aufhören, Fensterflächen als Werbefläche zu vermieten. Das forderte die LINKSFRAKTION in einem Antrag an den städtischen Verkehrsausschuss.

Mit halbtransparenten Rasterfolien verklebte Fenster seien „eine Zumutung für die Fahrgäste, deren Sicht nach draußen durch die irritierenden Rasterfolien deutlich eingeschränkt wird“, argumentierte die LINKSFRAKTION. Zudem könnten besonders Menschen mit Sehbehinderung oder altersbedingter Sehschwäche Haltestellenbezeichnungen und Straßennamen durch die Folie hindurch kaum lesen. CDU und FDP lehnten den Antrag ab.

Hartz IV: Ausschuss gegen Erhöhung der Mietobergrenzen

CDU, FDP, Grüne und SPD halten die sogenannten „Mietrichtwerte“ der ARGE Düsseldorf offenbar für „angemessen“. Einen Antrag der LINKSFRAKTION auf Erhöhung der Richtwerte lehnten die anderen Fraktionen geschlossen ab. Dabei ist seit langem klar, dass die Werte schon immer zu niedrig waren: für 7,35 pro Quadratmeter inklusive Nebenkosten lässt sich in Düsseldorf kaum eine Wohnung finden.

Kö-Bogen auf wackeligen Beinen

Muss die Stadtparkasse jetzt Kredite für die CDU/FDP-Träume stellen?

Das Projekt Kö-Bogen, also der Verkauf und die Bebauung des Jan-Wellem-Platzes, wackelt munter weiter. Die von der Stadt als „Investor“ bezeichneten Akteure verfügen weder über ausreichendes Eigenkapital noch konnten sie selbst die im Rahmen der EU-Ausschreibung verlangten Nachweise zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erbringen. Vielmehr hat „die developer GmbH“ wiederholt auf einen ihrer Gesellschafter hingewiesen, die Deutsche Immobilien Holding GmbH. Diese gehöre wiederum zur Zech Group GmbH. Von daher sei die Finanzierung des Projekts Kö-Bogen „kein Problem“.

Mit solchen „Argumenten“ konnten „die developer“ bei der Ratsmehrheit von CDU und FDP punkten, weil finanz- und wirtschaftspolitischer Sachverstand dort keine Rolle spielt. Vielmehr benötigten CDU und FDP dringend irgend jemanden, der sich „Investor“ nennt und entsprechend auftritt, um ihr „Jahrhundertprojekt“ Kö-Bogen zumindest zeitweise am Leben zu erhalten.

Jetzt aber, vier Tage vor Fristablauf am 30.04.2009, geht es um die Frage, ob und wie das Projekt Kö-Bogen denn real finanziert werden kann. Bei Redaktionsschluss des Rheinblicks war das noch völlig offen.

Kein Kreditinstitut wird einer Gesell-



Der Jan-Wellem-Platz noch unberührt © Vermessungs- und Katasteramt Düsseldorf

schaft, die lediglich mit 100.000 Euro Kapital haftet, Millionenkredite und Bürgschaftserklärungen liefern, egal, wer dort Gesellschafter ist, denn Sicherheiten liegen offenbar nicht vor.

Dass bislang weder ein Hauptmieter für das Projekt noch ein finanzierendes Kreditinstitut gefunden wurden, spricht Bände.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, wenn Oberbürgermeister Dirk Elbers nun auf die Idee kommt, dass die von der Stadt verlangten Bürgschaften

und die notwendigen Kredite ja von der Stadtparkasse kommen könnten. Die Stadtparkasse scheint der letzte Strohalm zur Rettung des Projekts „Kö-Bogen“ zu sein. Bei der Arena lief es ja schon ähnlich, wie Elbers sich erinnert haben wird.

Es wäre ein Unding, wenn letztlich die Stadt selbst die Sicherheiten stellt, die sie vom „Investor“ verlangt. Daher lehnt die LINKSFRAKTION ein Engagement der Stadtparkasse beim Projekt Kö-Bogen entschieden ab.

Töten ist kein Karriereziel

Städtisches Gelände für Propaganda-Show der Bundeswehr

Am 24. und 25. März hielt der „Karriere-Truck“ der Bundeswehr in Düsseldorf vor der Rheinterrasse. Mit der Vorführung von Kriegsgerät und anderer Technologie sollten „Spaß und Action“ verbreitet und das Töten von Menschen als Ausbildungsziel verherrlicht werden.

Dagegen protestierten in den Mittagsstunden des 24. März etwa 20 AntimilitaristInnen, darunter auch Mitglieder der LINKSFRAKTION. Nur wenige Jugendlichen interessierten sich für die RattenfängerInnen der Bundeswehr. An die wenigen PassantInnen wurden Flugblätter verteilt in denen die aktuelle Kriegspolitik Deutschlands kritisiert wurde.

Weit über 500 Mal werden die Nachwuchshäscher der Bundeswehr in diesem Jahr an Messen und Ausstellungen teilnehmen und auf Schulhöfen stehen um Jugendlichen das Töten von Menschen als Karriereziel schmackhaft zu machen. Gleichzeitig soll damit die Akzeptanz der Bundeswehr gesteigert werden und die Gesellschaft auf tote deutsche Soldaten vorbereitet werden.

In einer Anfrage zur Ratssitzung am 19. März fragte die LINKSFRAKTION wie die Verwaltung die Veranstaltung der Bundeswehr bewertet und welche Mittel Schulleitungen und LehrerInnen zur Verfügung stehen, um eine Bewerbung dieser Veranstaltung an ihrer Schule zu verhindern. OB Elbers lehnte die Annahme der Anfrage ab und behauptete

wahrheitswidrig, dass die Stadt dafür nicht zuständig sei. Erst Tage später kam heraus, dass die Stadtverwaltung das Gelände am Tönhallenufer an die Bundeswehr vermietet hatte.

Die LINKSFRAKTION wird sich auch weiterhin der Militarisierung der Gesellschaft entgegenstellen und dies auch im Rat weiterhin thematisieren.



Protest gegen das Bundeswehrespektakel

Der Druck wächst: Sozialticket jetzt!

LINKSFRAKTION hält 10-Euro-Ticket für angemessen

Seit langem tritt die LINKSFRAKTION Düsseldorf für ein „Sozialticket“ ein. Alle, die berechtigt sind, einen Düsselpass zu erhalten (das sind alle, die „Hartz IV“ oder ähnliche Leistungen beziehen oder die ein geringes Einkommen haben, das nur 10% über den Hartz IV-Leistungen liegt), sollen zu vergünstigten Preisen den öffentlichen Nahverkehr nutzen können.

Für die LINKSFRAKTION ist dabei klar: ein solches Monatsticket darf nicht mehr kosten als im Hartz IV-Regelsatz vorgesehen ist (also 10 Euro). Nicht nur im Bereich der Mobilität reicht der Regelsatz vorn und hinten nicht aus.

Der Hartz-IV-„Eckregelsatz“ enthält nur 11,23 Euro pro Monat für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln und 0,68 Euro für den Kauf und die Instandhaltung eines Fahrrads. Dabei kostet ein Einzelfahrschein im innerstädtischen öffentlichen Nahverkehr in Düsseldorf bereits zwischen 1,30 und 2,20 Euro. Ein Monatsticket 1000 der Preisstufe A2 kostet 57,25 Euro.

Mobilität ist allerdings notwendige Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, um familiäre Kontakte zu pflegen, um sich politisch zu betätigen und um die „praktischen Dinge“ des Alltags regeln zu können.

Seit 1999 hat daher erst die PDS, dann die LINKSFRAKTION immer wieder Anträge zur Einführung eines Sozialtickets im Rat der Stadt gestellt. CDU und FDP lehnen regelmäßig ab. Besonders dreist: die CDU verwies zuletzt darauf, dass 1-Euro-Jobber ja ein Monatsticket bekämen und man ja einen solchen Job annehmen könne, wenn man ein Ticket wolle. Das zeigt: mit „Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ haben 1-Euro-Jobs nichts zu tun. Es geht darum, billige Arbeitskräfte zu gewinnen und Erwerbslosengefüge zu machen.



noch Zukunftsmusik

Auch deshalb ist für die Durchsetzung der Forderung nach einem Sozialticket vor allem eins notwendig: die Betroffenen müssen Druck erzeugen und sich offensiv dagegen wehren, dass ihnen immer mehr Grundrechte genommen und sie immer stärkeren Repressionen ausgesetzt werden.

Genau dieser Druck scheint jetzt zu entstehen. Die LINKSFRAKTION hatte im Herbst ihren Antrag für ein 10-Euro-Sozialticket vorgelegt, SPD und Grüne meldeten „Beratungsbedarf“ an und legten dann zwei Monate später zu den Haushaltsberatungen ebenfalls Anträge für ein Sozialticket vor. Die Grünen mit einem ganz konkreten Antrag, die SPD mit dem Antrag, die Einführung eines Sozialtickets „zu prüfen“.

Die LINKSFRAKTION stimmte nicht nur ihrem eigenen Antrag zu, sondern trotz kleinerer Unterschiede auch denen von SPD und Grünen, um „deutlich zu machen, dass wir hier an einem Strang ziehen müssen“. SPD und Grüne lehnten den Antrag der LINKSFRAKTION hingegen ab, CDU und FDP lehnten alle drei Anträge zum Sozialticket mit ihrer Ratsmehrheit ab.

Allerdings stehen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen unter Druck: im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr haben sie „Großkundenrabatte“ untersagt, durch die Sozialtickets, z.B. in Dortmund, mitfinanziert werden. Da immer mehr Städte, sogar solche mit CDU-Mehrheiten, die Einführung von Sozialtickets planen, sollte mit dem Verbot der „Großkundenrabatte“ weiteren Sozialticket-Projekten die finanzielle Grundlage entzogen werden. Wer so handelt, hat keine Argumente, sondern steht mit dem Rücken an der Wand.

Das wird jetzt auch in Düsseldorf immer deutlicher: von der Obdachlosenzeitschrift fifty-fifty über die Diakonie und Gewerkschaften bis hin zur Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung reicht ein breites Bündnis, das für ein Sozialticket kämpft. Unter anderem fand am 21. April eine Demonstration statt, an der sich auch zahlreiche Mitglieder der LINKSFRAKTION beteiligt haben. Nähere Infos über die Aktivitäten für das Sozialticket, sowie weitere Aktionen und Termine gibt es unter: www.sozialticket-duesseldorf.de

Transparenz unerwünscht

Von allen anderen Parteien abgelehnt wurde ein Ratsantrag der LINKSFRAKTION, der für mehr Transparenz bei den städtischen Töchtern und Beteiligungsunternehmen der Stadt sorgen sollte. Angesichts der zahlreichen Korruptionsfälle in öffentlichen Unternehmen, zuletzt auch bei einer Tochter der Düsseldorfer Stadtparkasse, wollte die LINKSFRAKTION erreichen, dass die Wirtschaftspläne der Unternehmen jeweils veröffentlicht werden. Zudem gibt es nach zwei entsprechenden Gerichtsurteilen auch die Möglichkeit, Aufsichtsratsitzungen städtischer Unternehmen zumindest teilweise öffentlich durchzuführen.

Extra-Wahltermin: 540.000 Euro Kosten

Richtig teuer wird der von CDU/FDP-Landesregierung festgelegte Kommunalwahltermin am 30. August. 42 Millionen Euro landesweit, 540.000 Euro in der Stadt Düsseldorf müssen nur deshalb ausgegeben werden, weil CDU und FDP gegen eine Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl am 27. September sind. Im Stadtrat hat die LINKSFRAKTION darauf hingewiesen, dass insgesamt vier Wahltermine in einem Jahr zu einer sinkenden Wahlbeteiligung führen. CDU und FDP waren für solche Argumente nicht offen. Sie versprechen sich von einem getrennten Wahltermin ein besseres Ergebnis, aufgrund geringer Wahlbeteiligung. Resolutionsentwürfe der LINKSFRAKTION und der SPD mit der Aufforderung an die Landesregierung, Kommunal- und Bundestagswahl zusammenzulegen, scheiterten somit an CDU und FDP.

12.000, nicht 1.200

Manche Fehler entstehen, weil Dinge unfassbar erscheinen: im letzten Rheinblick erschien ein Artikel, in dem darüber berichtet wurde, dass der OSD in diesem Jahr 1.200 „Einsätze gegen Randgruppen“ plante. Diese Meldung war falsch: nicht 1.200, sondern 12.000 Einsätze sind geplant. Diese Zahl hatte selbst die LINKSFRAKTION für nicht möglich gehalten. Nun fragt die Fraktion in regelmäßigen Abständen bei der Verwaltung nach, wie die Maßnahmen des OSD aussehen. Ergebnis bisher: schon mehrere hundert Platzverweise in 2009.

Rattenhuber und die Wilde Maus

Mit einer Strafanzeige reagierte der Düsseldorfer Ordnungsdezernent Leonhardt auf eine ihm nicht passende Szene in einem Kurzfilm.

Dörte Stein und Henk van Dreumel haben ein 16-minütiges filmisches Düsseldorf-Kreuzworträtsel gedreht. Erraten werden müssen Sehenswürdigkeiten, Persönlichkeiten - und gefragt wird nach „der neuen städtischen Schutzstaffel.“ Die richtige Antwort: OSD (Ordnungs- und Servicedienst). Unterlegt war die entsprechende Frage mit Bildern aus der NS-Zeit. Damit wollten die Filmemacher auf die „Militarisierung der Städte“ und die Politik des OSD gegen Obdachlose hinweisen, die Assoziationen wecken. Obwohl die FilmemacherInnen sich

ausdrücklich gegen den Vorwurf, SS und OSD auf eine Stufe stellen und miteinander verglichen zu wollen, wehrten, rannnte Ordnungsdezernent Leonhardt zur Staatsanwaltschaft – den Film habe er aber nicht gesehen, erklärte er zudem der Presse. Die CDU-Fraktion brachte eine empörte Anfrage im Stadtrat ein – und zog sie kleinlaut zurück nachdem die Staatsanwaltschaft sich geweigert hatte ein Strafverfahren gegen die FilmemacherInnen einzuleiten.

Die LINKSFRAKTION verteidigte die FilmemacherInnen. Der Film setze sich künstlerisch mit den Machenschaften des OSD auseinander – und der „Randgruppen“ drangsaliere und aus der Innenstadt vertreiben wolle, wer den öf-

fentlichen Raum durch baretttragende und mit Schlagstöcken und Schäferhunden Uniformierte militarisiere, der müsse mit Kritik und Widerstand rechnen, erklärte die Fraktion. Für die Leserinnen und Leser des Rheinblick verlost die LINKSFRAKTION nun drei Exemplare der CD mit dem Kurzfilm. Zwei Fragen müssen zu dem Film „Rattenhuber und die Wilde Maus“ richtig beantwortet werden. Wer oder was ist Rattenhuber? Und wer oder was ist die „Wilde Maus“?

Lösungen bitte per Mail an rheinblick@linksfraktion-duesseldorf.de oder per Postkarte an die Fraktionsadresse! Einsendeschluss ist der 25. Mai 2009. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen!

Jugendliche als offizielle Anstifter für Gesetzesverstöße?

Jugendliche sollen die Inhaber und Beschäftigten von Geschäften und Trinkhallen im Auftrag der Stadt dazu verleiten Alkohol an Minderjährige zu verkaufen. Im Anschluss daran soll der Ordnungs- und Servicedienst dann Bußgelder gegen die Ladeninhaber verhängen. Diesen merkwürdigen Vorschlag unterbreiteten Mitglieder der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union allen Ernstes im Jugendrat der Stadt. Außer den Antragstellern stimmte allerdings niemand zu. Jasper Prigge, für die LINKSFRAKTION Düsseldorf im Jugendrat: „In einem Rechtsstaat sind Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Es geht aber nicht an, dass Jugendliche bewusst dazu eingesetzt werden, solche Ordnungswidrigkeiten überhaupt erst zu provozieren.“ Agent Provocateurs einzusetzen hat im Polizei- und Ordnungsrecht eine unrühmliche Tradition. Schon zum G8-Gipfel in Heiligendamm setzte die Polizei nach Berichten Beteiligter verdeckte Ermittler zur Provokation von Straftaten ein. Es war auch der Einsatz von Agent Provocateurs, der ein Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern ließ und bis heute unmöglich macht. Die LINKSFRAKTION hält solche Spitzelmethoden für nicht hinnehmbar.

Weitere Gesamtschule notwendig

Düsseldorfer Schüler/innen benötigen mindestens eine weitere Gesamtschule. Bei den Anmeldungen für diese Schulform zum Schuljahr 2009/2010 konnte trotz veränderter Anmeldebedingungen dem Willen der Eltern bzw. den verbindlichen Grundschulempfehlungen - wie auch in den Jahren zuvor - nicht entsprochen werden. Die Kapazität der vorhandenen Gesamtschulen reicht bei weitem nicht aus, so dass dieses Jahr 239 Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden mussten. Damit betrug der Anmelde-Überhang 42,3 % der Aufnahme-Kapazität aller Düsseldorfer Gesamtschulen. Deshalb beantragte die LINKSFRAKTION im Rat die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule, SPD und Grüne unterstützten den Antrag, CDU und FDP blieben stur: abgelehnt. Die LINKSFRAKTION prüft nun, ob ein Gesamtschulplatz einklagbar ist.

Der Mörder wohnte in Düsseldorf

Straßen sollen nach Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht benannt werden

Unbehelligt von der Justiz, aktiv als Waffenhändler und NPD-Wähler lebte einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bis zu seinem Tode 1970 im Düsseldorfer Zooviertel: Waldemar Pabst.

Als Freikorps-Offizier hatte Pabst Luxemburg und Liebknecht nach deren Festnahme persönlich verhört und ihre Erschießung angeordnet.

Trotz eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Berlin (Ost) gegen Waldemar Pabst konnte sich dieser nach 1945 frei in der Bundesrepublik bewegen - und das, obwohl er in Interviews und Gesprächen wiederholt seine Verantwortung für die Morde an Luxemburg und Liebknecht selbst betont hatte.

Seinen 85. Geburtstag konnte der eng mit Rheinmetall-Borsig verbundene Pabst standesgemäß im Januar 1966 im Düsseldorfer Industrieclub nachfeiern - angesichts der Geschichte des Industrieclubs, der Hitler die Tür zur Macht geöffnet hatte, kein Wunder.

Den 90. Jahrestag der Ermordung nahm die LINKSFRAKTION nun zum Anlass, die Benennung von Straßen in Rosa-Luxemburg-Straße und Karl-Liebknecht-Straße im Rat zu beantragen. Unterstützt wurde der Antrag von der SPD-Fraktion und zwei Mitgliedern der Grünen. CDU, FDP und die sieben restlichen Grünen lehnten den Antrag hingegen ab.



Rosa Luxemburg

Luxemburg und Liebknecht traten konsequent für ihre politischen Vorstellungen von einer friedlichen und solidarischen Gesellschaft ein. Als die SPD 1914 Kredite zur Weiterfinanzierung des 1. Weltkriegs im Reichstag mit bewilligte, um ihre eigene Position in der Gesellschaft zu stärken, waren es Luxemburg und Liebknecht, die die Entscheidung der SPD kritisierten und ihr einen Verrat an sich selbst vorwarfen.

1916 gründeten Luxemburg und Liebknecht die innerparteiliche Oppositions-

fraktion „Gruppe Internationale“ bzw. „Spartakusgruppe“. Kurze Zeit später wurden sie mit anderen Kriegsgegnern aus der SPD ausgeschlossen und traten der USPD bei, bis sie 1919 zusammen mit anderen linksrevolutionären Kräften die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründeten.

Gemeinsam gaben Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ab 1918 die Zeitung „Rote Fahne“ heraus, in der sie unter anderem auch die Abschaffung der Todesstrafe forderten und auf die Ereignisse nach der Entmachtung der Monarchie Einfluss nahmen. Wegen ihrer politischen Arbeit wurden sie mehrfach verurteilt und inhaftiert.

Am 5. Januar 1919 begann der einwöchige Spartakusaufstand, nachdem die SPD-Regierung den Berliner Polizeipräsidenten, der der USPD angehörte, entlassen hatte. Die Regierung unter Friedrich Ebert (SPD) drohte den Aufständischen in einem Flugblatt mit der physischen Vernichtung und schlug den Aufstand mit militärischer Gewalt nieder. Der militärischen Besetzung folgten erhebliche Gewaltexzesse der rechtsgerichteten Gruppen. Luxemburg und Liebknecht mussten untertauchen.

Am 15. Januar 1919 wurden sie in Wilmsdorf entdeckt und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division übergeben. Nach Verhör und schwerer Misshandlung ließ Kommandant Waldemar Pabst sie ermorden.

Schicki-Micki-Konjunkturpaket

Stadt setzt auf Prestigeprojekte statt auf Lebensqualität für alle

50 Millionen Euro erhält die Stadt aus dem „Konjunkturpaket II“ des Bundes, über 40 Millionen müssen im Bereich Bildungsinfrastruktur investiert werden. Der Rest ist frei verfügbar - und CDU/FDP wollen es vor allem für Prestigeobjekte und zur Vertuschung von Fehlplanungen ausgeben.

So soll für 2,3 Millionen Euro ein Parkplatz am ISS-DOME in Rath gebaut werden - der Anschluss des DOME an die Straßenbahnlinie 701 wird nach Angaben des städtischen Verkehrszernenten Leonhardt noch zwei Jahre dauern.

Bei der Kostenkalkulation für den DOME-Bau wurden Folge- und Nebenkosten, z.B. für Parkplätze, schlichtweg verschwiegen. Das erinnert fatal an den Bau der Arena, wo ebenfalls Stück für Stück nicht einberechnete Folgekosten anfielen. Beide Projekte wären bei der Bevölkerung noch schwerer durchzusetzen gewesen, wenn die wirklichen Kosten bereits am Anfang bekannt gewesen wären. Für die LINKSFRAK-

TION ist eine solche Haushaltspolitik nicht akzeptabel. Erschreckend ist in der aktuellen Verwaltungsvorlage zum Konjunkturpaket der Hinweis auf die unzumutbaren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Strandbad Nord. Dort bestehen laut Verwaltungsangaben weder Sozialräume noch geschlechtsgetrennte Toiletten für die MitarbeiterInnen. Die zweite Kasse befände sich „in einem 1qm großen Stahlcontainer“, „was zu körperlichen Beeinträchtigungen der Kassenkräfte“ führe.

Diese Situation bestehe, so die Verwaltung, seit 2001. Es ist erschütternd, dass die Verwaltung seit nahezu acht Jahren von diesen Zuständen weiß und die politischen Gremien erst jetzt informiert. Warum, muss sich Oberbürgermeister Elbers fragen lassen, hat er im Haushaltsplanentwurf 2009 keine Mittel für Veränderungen (es geht gerade einmal um 130.000 Euro) der Situation eingeplant? War dazu wirklich erst die Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig?

Abgelehnt wird neben dem Millionen-Parkplatz von der LINKSFRAKTION auch die geplante „Telepresence-Anlage“, die „Düsseldorfer Unternehmen die Möglichkeit“ geben soll, „Kontakte auch international zu pflegen“. Auch diese 400.000 Euro könnten für wesentlich sinnvollere Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Ebenso sind „Edelstahl-Geländer“ in der Tonhalle für 270.000 Euro nun wirklich nicht dringlich.

Insgesamt setzt die Verwaltung im Rahmen des Investitionsschwerpunkts „Infrastruktur“ vor allem auf Schicki-Micki-Effekte, ohne Alternativen zu den von ihr vorgeschlagenen Investitionen auch nur zu benennen.

Die LINKSFRAKTION hat sich statt dessen für einen schnelleren, mobilitätsgerechten Umbau von Haltestellen des ÖPNV und den Ausbau des Radwegenetzes eingesetzt - das wären Infrastrukturmaßnahmen, von denen die Menschen in unserer Stadt auch etwas hätten.

„Bad Bank“ in Flingern

Über ein aktuelles Wandbild von Farbfieber schreibt Sahra Wagenknecht

Die „Bad Bank“ von Farbfieber ist wirklich gelungen und bringt das, was derzeit läuft, gut auf den Punkt. In einer Bad Bank werden die faulen Kredite, die sich bei einer Bank angesammelt haben, aufgefangen. Für die Kredite haften dann nicht mehr die Banken, sondern der Staat. Banken können dann wieder Gewinne machen, die Verluste tragen wir alle. Derzeit arbeitet die Bundesregierung an einem Gesetzentwurf zum Aufbau von Bad Banks.

Daran zeigt sich mal wieder, was Versprechen von Leuten wie Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) wert sind. Keine paar Monate hat sein anfangs so vehementes „Nein“ zu einer staatlich organisierten Bad Bank gehalten. Jetzt hat sich die Bankerlobby um die Herren Ackermann (Deutsche Bank) und Blessing (Commerzbank) wieder einmal durchgesetzt: Die Bad Banks kommen und der Steuerzahler kann blechen. Noch vor der Sommerpause soll ein entsprechendes Gesetz erarbeitet werden – von einer Arbeitsgruppe, die ausgerechnet von Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen (SPD) geleitet wird.

Dabei ist gerade Asmussen mitverantwortlich für die Entstehung des Banken-Giftmülls, der nun auf Staatskosten entsorgt werden soll. Er hat nicht nur die Kreditverpackungsindustrie massiv gefördert, sondern auch durch eine laxen Bankenregulierung dazu beigetragen, dass flächendeckend „Schattenbanken“ in Steueroasen gegründet wurden, deren riskante Geschäfte nicht in den Bilanzen aufgeführt werden mussten.

Hier stimmt das Bild von Farbfieber also nicht ganz: die Herren Banker müssen nicht erst den Revolver zücken, bei CDU, FDP, SPD und Grünen hatten und haben sie freiwillige Komplizen.



Die Bad Bank will Ihr Geld

Die Steuergelder, die verschwendet werden, um die größten Zocker freizukaufen, fehlen, wenn es darum geht, die steigende Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Schon jetzt werden die Weichen in die falsche Richtung gestellt: Während die Bundesregierung Forderungen nach einem neuen Konjunkturprogramm und wirksamen Maßnahmen zur Stärkung der Massenkaukraft rigoros abschmet-

tert, sollen weitere Milliarden in den schwarzen Löchern des internationalen Bankenmarktes versenkt werden.

Sollte es nicht gelingen, die Vertreter neoliberaler Politik durch massiven

öffentlichen Druck von den wichtigen Schaltstellen in Politik und Wirtschaft zu entfernen, werden am Ende die Beschäftigten, die Arbeitslosen sowie die Rentner und Rentnerinnen für die horrenden Verluste der Banken und Finanzinvestoren bluten müssen.

Für uns muss es deshalb heißen: Kopf hoch, nicht die Hände! Widerstand leisten gegen diese Politik!

SAHRA WAGENKNECHT

Bunt, frech, kritisch: Farbfieber

Wandbilder des Düsseldorfer Vereins sind in der ganzen Welt zu finden

Wandbilder an Häusern, Bunkern, Trinkhallen und anderen vormals tristen Wänden finden sich in Düsseldorf häufig, an mehr als 60 Orten. Zu Verdanken ist dies vor allem dem Verein Farbfieber e.V., der vor mehr als 30 Jahren aus der Wandmalgruppe Düsseldorf hervorgegangen und nicht nur in Düsseldorf aktiv ist, sondern international.

Von 1998 bis 2008 gab es sogar ein weltweites Projekt, „mural global“: 100 Wandbilder in 80 Städten waren das Ergebnis. Diese Zahlen sind so beeindruckend wie die Wandbilder selbst: bunt, grell und oft mit politischen Botschaften versehen ist Farbfieber kein „Verschönerungsverein“. Vielmehr wol-

len die beteiligten KünstlerInnen einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten und „die Demokratisierung des öffentlichen Raums“ erreichen. Als Seele und Motor des Vereins wirkt dabei Klaus Klinger, Absolvent der Kunstakademie Düsseldorf.

Doch während die Arbeit von Farbfieber international anerkannt wird, ist Farbfieber der offiziellen Düsseldorfer Kulturpolitik eher lästig. Offizielle Anerkennung gab es bislang nicht. Der Vodafone-Konzern ließ gar ein Wandbild am alten Düsseldorfer Mannesmann-Parkhaus in einer Nacht- und Nebelaktion vernichten.

Und auch der Stadtverwaltung passte ein Kapitalismus-kritisches Wandbild

so gar nicht in den Kram. Klaus Klinger und seine MitstreiterInnen lassen sich davon nicht irritieren: mit der Bad Bank, die jetzt an der Ackerstraße zu besichtigen ist, wird erneut ein aktuelles politisches Thema aufgegriffen.

Die LINKSFRAKTION Düsseldorf hat nun vorgeschlagen, Farbfieber mit dem Förderpreis für bildende Kunst der Landeshauptstadt Düsseldorf auszuzeichnen.

Gerade jungen KünstlerInnen gibt Farbfieber immer wieder die Möglichkeit, ihre Ideen öffentlich zu präsentieren. Nähere Informationen und viele Fotos können Sie unter www.farbfieber.de finden, ein Wandbild vielleicht schon an der nächsten Straßenecke.

Seniorenbeirat hat sich konstituiert

Der neugewählte Seniorenbeirat der Landeshauptstadt hat sich Ende April konstituiert.

Neben den in den Stadtbezirken direkt gewählten Mitgliedern gehören ihm auch VertreterInnen von Senioreneinrichtungen sowie VertreterInnen der Ratsfraktionen an. Die LINKSFRAKTION entsendet weiterhin Dr. Lieselotte Opitz (72) aus Bilk in den Seniorenbeirat, ihre Stellvertreterin bleibt Irene Klaus (66) aus Urdenbach.

Düsseldorf bald aktiv gegen Rassismus?

Nicht abgeschmettert, sondern zur weiteren Bearbeitung an den Oberbürgermeister überwiesen wurde eine Ratsantrag der LINKSFRAKTION, mit dem der Beitritt der Landeshauptstadt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus gefordert wurde.

Noch vor den Kommunalwahlen soll der Oberbürgermeister dem Rat der Stadt Bericht über mögliche Aktivitäten gegen Rassismus erstatten.

Die Städte-Koalition gegen Rassismus ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Internationale Konventionen, Empfehlungen und Erklärungen müssen von den einzelnen Staaten ratifiziert und umgesetzt werden. Gleichzeitig ist es aber sehr wichtig, dass auch die lokale Ebene, auf der sich die Menschen tagtäglich begegnen, und die Opfer von Diskriminierung mit einbezogen werden. Nur so ist sicherzustellen, dass die internationalen und nationalen Rechtsinstrumente auch tatsächlich angewandt und konkrete Probleme vor Ort berücksichtigt werden. Deshalb sind gerade die Städte der Schlüssel zur Entwicklung effektiver Synergien. Dies umso mehr, als in Zeiten fortschreitender Globalisierung und Urbanisierung den Kommunen eine immer wichtigere Rolle bei der Durchsetzung der Menschenrechte zukommt. Deshalb hat sich die UNESCO zum Ziel gesetzt, eine „Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus“ ins Leben zu rufen. Am 10. Dezember 2004 wurde in Nürnberg die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ gegründet.

STEK 2020 + heiße Luft

Stadtentwicklungskonzept ist seinen Namen nicht wert

Im November 2006 wurde die Düsseldorfer Verwaltung beauftragt, ein Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten. Der Entwurf wurde im August 2008 unter dem Titel „Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020 + - Wachstum fördern, Zukunft gestalten“ fertig gestellt und durchläuft seitdem die Fachausschüsse und Bezirksvertretungen. In der April-Sitzung des Rates der Stadt soll das STEK, wie es in der Kurzfassung bezeichnet wird, abschließend beraten und verabschiedet werden.

Nicht zu Unrecht hat das STEK die Zusatzbezeichnung 2020 +. Planungsprozesse sind langwierig und dauern nicht selten zwischen fünf und zehn Jahren.

Um neue Straßen, Linien des öffentlichen Nahverkehrs oder die Eröffnung oder Schließung von Schulen zu planen, muss man natürlich wissen, wie sich Bevölkerungszahlen und einzelne Stadtteile entwickeln; und das über einen Zeitraum von zehn Jahren hinaus.

Zu aller erst sollte man aber eine Zielsetzung haben, wie sich eine Stadt entwickeln soll. Daran mangelt es dem STEK.

Einziges Zielsetzung ist eine Einwohnerzahl von 601.000. Laut Demographiebericht der Verwaltung hat die Bevölkerung in Düsseldorf zwischen 1999 und 2005 um über 10.000 Personen zugenommen. Aus dieser Zunahme errechnet der Bericht bis zum Jahre 2020 eine Einwohnerzahl von 601.385 Personen. So wird diese Zahl zum Ziel erklärt und ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, dass das Erreichen dieser Zahl gewährleistet.

Im ersten Kapitel Wohnen wird festgestellt, dass in Düsseldorf jährlich rund 2.000 Wohnungen gebaut werden müssten, um die Nachfrage zu befriedigen. Gleichzeitig wird festgestellt, dass in den letzten Jahren pro Jahr nur 1.000 Wohnungen gebaut wurden. Wie dieses Defizit beseitigt geschweige denn wie in den nächsten Jahren die Zahl gesteigert werden soll, darauf wird im STEK nicht eingegangen. Es wird auch festgestellt, dass Düsseldorf aufgrund des knappen Wohnungsangebotes heute schon sehr hohe Mieten hat. Auf die Idee, dass die Stadt mit Bau und Entwicklung von Wohngebäuden selbst dazu beitragen kann, den Wohnungsmarkt zu beruhigen und gegen hohe Mieten zu wirken, kommt das STEK nicht.

Sozialer Wohnungsbau kommt so gut wie gar nicht vor, denn: „... wird es der Stadt Düsseldorf nicht gelingen, die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen



Dunkle Wolken über Düsseldorf

© piqs - Natascha Spring

auf dem heutigen Niveau zu halten. Dies kann und soll auch nicht das Ziel der Wohnungspolitik der Stadt Düsseldorf sein.“ (STEK 2020+, S. 53)

Im Kapitel Wirtschaft und Beschäftigung wird es als notwendig erachtet, dass in Düsseldorf in 26.400 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, bis 2020. Das heißt, es müssen 46.900 neue Arbeitsplätze entstehen, da im gleichen Zeitraum 20.500 Arbeitsplätze verschwinden werden. Dies wird auch als realistisch eingeschätzt, denn zwischen 1999 und 2006 ist die Zahl der Erwerbstätigen um 2,1 % gewachsen, „zum Teil als Ergebnis der Einführung von Minijobs und anderen Reformbausteinen“ (STEK 2020+, S. 55). Der Zuwachs an Arbeitsplätzen wird in den Bereichen Handel, Gaststätte, Verkehr und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister prognostiziert, während in den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Baugewerbe 14.500 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Besonders zu beachten ist, dass im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen ein Abbau von 6.000 Arbeitsplätzen vorhergesagt wird. Dazu wird die Stadtverwaltung wahrscheinlich einen hohen Beitrag leisten. Gar nicht berücksichtigt wurden die Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, denn das STEK wurde ja vor der Krise zu Papier gebracht.

Der Bereich Soziale Infrastruktur wird unterteilt in Kinder, Jugend, Familien, in Schule und Bildung und in Senioren. Hier ist man unter dem Aspekt heran

gegangen, welche Gruppen sind positiv für Düsseldorf. Junge Familien sind natürlich gut, da man der Meinung ist, dieses sind im Berufsleben stehende Steuerzahler. Allerdings wird auch festgestellt, dass es aufgrund der hohen Mieten schwer ist, junge Familien an Düsseldorf zu binden. Schule und Bildung ist ein ganz wichtiger Aspekt im STEK, da man davon ausgeht, dass wenn man Auszubildende und Studenten an Düsseldorf binden kann, diese sich zu guten Steuerzahlern entwickeln werden. Deshalb ist die Zuwanderung von „Humankapital“ ganz wichtig. Senioren will man verstärkt nach Düsseldorf holen, da man gemerkt hat, dass Senioren, die in den letzten Jahren wieder nach Düsseldorf gezogen sind, nicht zu der ärmsten Bevölkerungsschicht gehören.

Worauf im STEK überhaupt nicht eingegangen wird, ist der Öffentliche Nahverkehr, Planung von Infrastruktur,

Kultur und Umwelt. Das Ganze nennt sich trotzdem „integratives Stadtentwicklungskonzept“.

Zusätzliche Wohnungen in der notwendigen Größenordnung sollen nicht gebaut werden; zusätzliche Arbeitsplätze sind angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in Frage zu stellen. Damit ist das Ziel von 601.000 Einwohnern im Jahre 2020 nicht erreichbar. Und damit ist dem STEK die Grundlage genommen.

Hinzu kommt, dass die Verwaltung offensichtlich nicht gestalten, nicht einmal verwalten, sondern maximal moderieren will. Entwickelt ist das Konzept zudem nur für die Wirtschaft und gut verdienende Mitbürger. Der Teil der Bevölkerung, der auf Grund seiner finanziellen Situation schon heute weitgehend vom öffentlichen Leben ausgegrenzt wird, soll auch in Zukunft daran nicht beteiligt werden.



Es fehlen Wohnungen in Düsseldorf

© piqs - seggel

Links wirkt: Rat gegen Kohlekraftwerk Stadtwerke setzen offenbar weiter auf Dreckschleuder in der Lausward

Im August 2008 haben die Stadtwerke Düsseldorf beim Regierungspräsidenten einen Genehmigungsantrag für den Bau eines Kohlekraftwerkes auf der Lausward gestellt. Dieser Antrag wurde nach Aussagen der Stadtwerke zwar gestellt, aber eine Investitionsentscheidung sei damit „noch gar nicht gefallen“.

LINKSFRAKTION und Grüne lehnten die Pläne aus Umweltgründen sofort ab, später folgten FDP und SPD, im Dezember auch die CDU-Fraktion des Rates.

Damit hatte der Vorstand der Stadtwerke (die mehrheitlich zum EnBW-Konzern gehören) nicht gerechnet.

Nun hieß es aus Kreisen des Vorstandes, erst müsse ein förmlicher Beschluss des Rates her. Daraufhin stellte die LINKSFRAKTION im Dezember den Antrag im Rat, die Stadtwerke aufzufordern, den Genehmigungsantrag zurückzuziehen und – als Ausdruck des Willens des Rates – dem Aktionsbündnis ASTR(H)EIN beizutreten. Dieser Antrag war wohl zu anspruchsvoll – jedenfalls wurde er von CDU und FDP abgelehnt.

Der Vorstand der Stadtwerke ließ weiterhin verlauten, dass nur ein Ratsbeschluss für ihn maßgebend sei.

Daher reichte die LINKSFRAKTION im Januar 2009 einen weiteren Antrag ein, in dem der Rat beschließen sollte, die zuständigen Organe der Stadtwerke aufzufordern, den Genehmigungsantrag zurückzuziehen. Zwei Tage vor der Ratssitzung wurde der stellvertretende Vorsitzende der LINKSFRAKTION, Frank Laubenburg, dann ausgerechnet aus den Reihen der Grünen-Fraktion gebeten, den Antrag zurückzuziehen. Ein Antrag der

LINKSFRAKTION habe „keine Aussicht auf Erfolg“ und damit schade man „der Sache“ doch.

Frank Laubenburg bat daraufhin die Grünen, der CDU mitzuteilen, dass das Thema „Kohlekraftwerk“ zum Wahlkampfthema würde, wenn die CDU sich weiterhin weigere, endlich zu einem eindeutigen Ratsbeschluss beizutragen. Die LINKSFRAKTION werde zu ihrem Wort stehen, gegen das Kohlekraftwerk kämpfen und den Antrag daher nicht zurückziehen.

Über Nacht entstand darauf hin ein „Änderungsantrag“ von CDU, FDP, SPD und Grünen gegen das Kohlekraftwerk, in dem der Rat beschließen sollte, den Vorstand der Stadtwerke aufzufordern, den Genehmigungsantrag zurückzuziehen (Im Unterschied dazu wollte die LINKSFRAKTION die zuständigen Gremien auffordern, den Antrag zurückzuziehen).

Da sich die Anträge letztlich nicht unterschieden, übernahm die LINKSFRAKTION den Antrag der anderen Parteien in der Ratssitzung - und sorgte damit für Entsetzen bei der CDU. Ihr war nun auch noch das letzte Argument genommen, einem LINKEN-Antrag nicht zuzustimmen. So musste CDU-Ratsmitglied Rüdiger Gutt die LINKSFRAKTION nunmehr im Rat und damit öffentlich fragen, ob man nicht „einen gemeinsamen Antrag“ stellen könne.

Dieser Bitte konnte sich die LINKSFRAKTION natürlich nicht verschließen und so entstand ein interfraktioneller Antrag von CDU, FDP, SPD, Grünen und LINKSFRAKTION. Wäre die LINKSFRAKTION hingegen auf den Vorschlag der Grünen eingegangen, gäbe es wohl bis heute keinen Beschluss gegen das Kohlekraftwerk.



Nacht über der Lausward

© piqs - Karlheinz Herbers

Bürgerbeteiligung wird geschreddert Weniger „Bürokratie“ heißt in Wahrheit weniger Demokratie

Bereits 2004 wurde von CDU, SPD und FDP im Bundestag das Baugesetzbuch (BauGB) geändert. Neugefasst wurde der §13a, in dem bei Bebauungsvorhaben unter bestimmten Bedingungen die Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Beteiligung der Öffentlichkeit eingeschränkt wird. AnwohnerInnen und Bezirksvertretungen können vom Verfahren ausgeschlossen und einfach nicht mehr beteiligt werden.

Während diese Regelung vor 2004 nur für kleine Baulücken galt, kann das „beschleunigte Verfahren“ jetzt für Flächen von bis zu 70.000 Quadratmeter angewandt werden. Wo Bürokratieabbau draufsteht, ist also Demokratieabbau drin. Deshalb wurde diese neue Möglichkeit des „beschleunigten Verfahrens“ in Düsseldorf auch bis 2008 kaum angewandt. Seit einigen Monaten ist das anders: immer mehr Bauplä-

nungen werden von der Verwaltung so eingestuft, dass sie unter den §13a fallen. Konkret heißt das, dass die Zustimmung nur noch im Ratsausschuss für Planung und Stadtentwicklung und im Rat beantragt wird. Dort werden Verwaltungsvorlagen meist nur durchgewunken. Bürgerversammlungen und eine Information der AnwohnerInnen gibt es schlichtweg nicht mehr. Und da zwischen der Verabschiedung eines Bebauungsplans und dem Anrollen der Bagger Jahre vergehen können, ist es für die Betroffenen dann zu spät für politische oder rechtliche Schritte gegen den Bebauungsplan.

Daher hat die LINKSFRAKTION wiederholt gefordert, dass Bebauungspläne weiterhin öffentlich diskutiert werden und nicht auf die Ausnahmeregelungen des §13a zurückgegriffen wird. Gegen die Mehrheit von CDU und FDP konnte

sich die LINKSFRAKTION damit allerdings nicht durchsetzen.

Besonders problematisch ist auch, dass die Umweltverträglichkeitsprüfungen wegfallen, wenn „die Einschätzung erlangt wird, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat“. Hier können Umweltbelange leicht und schnell unter den Tisch fallen.

Die LINKSFRAKTION will nun noch vor den Kommunalwahlen einen Grundsatzbeschluss des Rates erwirken: auf die Bürgerbeteiligung darf nicht verzichtet, Ausnahmeregelungen dürfen nicht zum Demokratieabbau benutzt werden.

Lediglich für Baulücken, die sich in einer Umgebung befinden, für die Beteiligungs- und Prüfverfahren schon im Rahmen eines Bauleit- oder Bebauungsplanes durchgeführt wurden, soll der §13a angewandt werden.

HIV-Infektionen auch im Knast verhindern

50% der Insassen der Justizvollzugsanstalt Ulmer Höh' sind drogenabhängig; 1/3 aller unangekündigten Drogentests in der Ulmer Höh' fallen positiv aus.

Für alle Experten und insbesondere für die MitarbeiterInnen von Justizvollzugsanstalten ist es klar: im Knast wird gedealt und gespritzt. Drogenfreie Knäste gibt es nicht. Die Kriminalisierung Drogenkranke bekämpft nicht Drogen, sondern Kranke – und spielt mit ihrem Leben. Denn den Gefangenen stehen im Knast keine sterilen Einwegspritzen zur Verfügung, um die Illusion vom drogenfreien Knast aufrecht zu erhalten. Folge dieser verheerenden Ignoranz sind Hepatitis- und HIV-Infektionen im Knast.

In einem Schreiben an die NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter hat die LINKSFRAKTION Düsseldorf auf diese unerträgliche Situation hingewiesen und sie aufgefordert, sich für eine derzeit im Bundestag liegende Gesetzesinitiative von Bundestagsabgeordneten der LINKEN, der FDP, der Grünen und der SPD einzusetzen, mit der die Vergabe von Originalstoffen an Schwerstabhängige ermöglicht werden soll. Zumindest solle Müller-Piepenkötter aber endlich die Verwendung sauberer Spritzbestecke in den Haftanstalten zulassen, um das HIV- und Hepatitisrisiko für die Gefangenen zu verringern. Als Ministerin trage sie Verantwortung für die Gefangenen und deren Gesundheit.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:
LINKSFRAKTION
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:
Michael Friebe, Ben Klar,
Frank Laubenburg

Tel:
0211 8995123

Fax:
0211 8929588

email:
info@linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:
Frank Laubenburg

Druck:
Berliner Zeitungsdruck

Auflage:
15.000

Polizei gegen Fortuna-Fans und Antimilitaristen

In Düsseldorf häufen sich vollkommen unangemessene Übergriffe und Einsätze durch die Polizei. Vor wenigen Wochen erst wurde eine Gruppe von Menschen, die an einem antimilitaristischem Stadtrundgang teilnehmen wollte, eingekesselt und festgehalten. Der Stadtrundgang stellte eine „Demonstration“ dar. Auch auf Nachfrage konnte die Polizei allerdings nicht beantworten, warum eine Stadtrundgang auf den Spuren Heinrich Heines keine Demonstration darstellt, ein antimilitaristischer Stadtrundgang jedoch angemeldet werden müsse. Es war offensichtlich: das Thema passte einfach nicht.

Am 19. April wurden nun zahlreiche Fans von Fortuna Düsseldorf über Stunden hinweg von der Polizei festgesetzt - offenbar ohne eine wirkliche rechtliche Grundlage. Mitarbeiter von Fortuna Düsseldorf, die in dieser Situation schlichteten wollten, wurden körperlich angegriffen, was zu einer Eskalation der Situation führte. Augenzeugenberichten zufolge war die Polizei nicht bereit oder in der Lage, den Grund ihres Vorgehens zu nennen. Zahlreiche Betroffene haben nunmehr Gedächtnisprotokolle angefertigt und behalten sich rechtliche Schritte gegen die Düsseldorfer Polizei vor.

Die LINKSFRAKTION hat jeweils zu Betroffenen Kontakt aufgenommen und den Düsseldorfer Polizeipräsidenten Herbert Schenkelberg zu einer detaillierten Stellungnahme aufgefordert.

Wie sicher sind die Düsseldorfer Chemiebetriebe?

Seit neun Jahren existiert in der Bundesrepublik eine sogenannte „Störfallverordnung“. Die Störfallverordnung hat den Zweck Menschen und Umwelt vor den Folgen eines Unfalls in einem Chemiebetrieb zu schützen. Mit dieser Verordnung hat die Bundesrepublik die sogenannte Seveso-II-Richtlinie umgesetzt, mit der die EU die Mitgliedsstaaten verpflichtete, die in der Richtlinie verankerten Normen in nationales Recht umzusetzen. Diese Richtlinie war eine Folge des Seveso Störfalls, bei dem in einer Tochterfirma des Chemie Riesen Roche in Norditalien ein bis drei kg des hochgiftigen Dioxin TCDD – zehntausend mal giftiger als Zyankali – freigesetzt wurden. Hierdurch wurden große Bereiche unbewohnbar und hunderte Menschen erkrankten schwer oder starben. Die genaue Anzahl der Todesopfer ist bis heute unbekannt. Die Vertreter der Chemiefirma versuchten zunächst den Störfall zu vertuschen und herunterzuspielen.

Nun wolle die LINKSFRAKTION wissen, ob die Störfallverordnung in den Düsseldorfer Chemiebetrieben auch eingehalten wird und ob es Beanstandungen gab. Denn die Störfallverordnung schreibt Betrieben, die gefährliche Stoffe im Sinne der Verordnung lagern oder verarbeiten, vor, dass in Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde Überwachungssysteme eingerichtet werden und diese von der Behörde kontrolliert werden müssen.

„Keine Ahnung“, lautete die Antwort der Stadtverwaltung sinngemäß: die Zuständigkeit für die Überwachung der Störfallverordnung liege beim staatlichen Umweltamt, das sei der Bezirksregierung zugeordnet, die Stadtverwaltung könne Fragen zu diesem Thema nicht beantworten. Auch auf Nachfrage



Schilder helfen nicht beim Störfall

© piqs - metall

blieb es dabei; die Stadt sei nicht informiert, ob die Störfallverordnung in Düsseldorf eingehalten wird.

Kurz danach informierte die Verwaltung über den Stand der Sanierung einer CKW-Grundwasserverunreinigung, die, ausgehend vom Stadtteil Unterbach, sich über Hassels, Holthausen und Reisholz bis zum Rhein erstreckt. CKW sind chlorierte Kohlenwasserstoffe, die es in unterschiedlicher Form gibt. Schädlich sind sie alle, aber einige sind hochgiftig und krebserregend. Ob dieser Störfall bei konsequenter Anwendung der Störfallverordnung hätte vermieden werden können, war der Stadt dann wiederum nicht bekannt.

Die Störfallverordnung hat den Zweck Menschen und Umwelt vor den Folgen eines Unfalls in einem Chemiebetrieb zu schützen. Im Zuständigkeitsbereich des Umweltamtes der Bezirksregierung, mit dem Sitz auf der Schanzenstraße in Oberkassel, gibt es etwa 80 Betriebe, die unter die Störfallverordnung fallen.

Der größte Teil hiervon befindet sich auf dem Düsseldorfer Stadtgebiet. Das heißt, bei einem Störfall sind Düsseldorfer Bürger und die Düsseldorfer Umwelt siehe CKW-Grundwasserverunreinigung betroffen.

Deshalb reicht es der LINKSFRAKTION Düsseldorf nicht aus, wenn auf die Zuständigkeit der Bezirksregierung verwiesen wird. Die Stadtverwaltung muss von der Bezirksregierung über die Ergebnisse der Kontrollen im Rahmen der Störfallverordnung regelmäßig informiert werden. Denn immer wieder muss die Stadt Düsseldorf mit hohem finanziellem Aufwand Verunreinigungen der Umwelt sanieren.

Es geht aber nicht in erster Linie um diese Ausgaben, sondern vor allem um die Gesundheit der Düsseldorfer EinwohnerInnen und um die Erhaltung unserer Umwelt. Deshalb wird die LINKSFRAKTION auch weiterhin fragen: Wie sicher sind die Düsseldorfer Chemiebetriebe?

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der LINKSFRAKTION im Rat der Stadt Düsseldorf. Die LINKSFRAKTION möchte Sie mit dem „Rheinblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den

letzten Jahren ebenso erleben wie die LINKSFRAKTION im Rat der Stadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine email an die LINKSFRAKTION Düsseldorf genügt.

LINKSFRAKTION Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

